







Kölner Erklärung des Runden Tisches

"Pandemiefolgen: Perspektiven für unsere Jugend?!

- Aufholen war gestern, was ist jetzt?"

Während der Corona-Pandemie mussten Kinder und Jugendliche die meisten Einschränkungen hinnehmen: Schulschließungen, gesperrte Freizeiteinrichtungen und keine sozialen Kontakte. Diese Maßnahmen hatten erhebliche Folgen auf ihre soziale, psychologische, gesundheitliche und bildungsbezogene Entwicklung. Viele Expert*innen warnten frühzeitig vor den Konsequenzen. Studien zeigen nun klar die negativen Auswirkungen, besonders auf Kinder aus sozial und ökonomisch benachteiligten Verhältnissen (siehe https://dikj.de/studien.html).

Die Schulbildung hat gelitten, gesundheitliche Beeinträchtigungen haben zugenommen, und Verhaltensprobleme sowie psychische Störungen sind häufiger geworden. Die Zahl der Hilfesuchenden hat sich dramatisch erhöht, teilweise auf den sechsfachen Wert im Vergleich zu der Zeit vor der Pandemie. Es gibt also einen immensen Handlungsbedarf, der auch auf politischer Ebene erkannt wurde.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) (siehe https://dikj.de/ima.html) hat den Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen festgestellt, aber bisher getroffene Maßnahmen bleiben hinter den Notwendigkeiten zurück. Strukturen wurden nicht wiederaufgebaut, und es fehlt an Fachpersonal und finanziellen Mitteln. Kinder und Jugendliche haben keine Kompensation für die erlittenen Einschränkungen erhalten und werden weitgehend allein gelassen. Jetzt müssen die gemachten Versprechen eingelöst werden!

Erforderliche Maßnahmen:

1. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung:

- Entwicklung und Ausbau von Programmen zur Gesundheitsförderung in relevanten Bereichen,
- Unterstützung und Ausbau bewährter Programme und Strukturen zur Gesundheitsförderung (z. B. Sprachkitas, Gemeinsam.Gesund.Wachsen., GUT DRAUF); Beendigung der "Projektitis",
- Verbesserung und Vermehrung der Betreuungsstrukturen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Vereinsarbeit (Sportvereine, Musikvereine etc.),
- o Gesundheitskompetenz und -lehre als Schulfach etablieren,

- o Ausweitung von Sport- und Bewegungsangeboten im schulischen Kontext,
- o Frühkindliche Gesundheitsförderung insbesondere in KiTas ausbauen,
- Streetworkprojekte etablieren,
- Die Partizipation in allen Bereichen ausbauen Betroffene zu Beteiligten machen.

2. Maßnahmen zur gezielten Prävention:

- Entwicklung von Programmen zur gezielten Prävention von Beeinträchtigungen,
- Angebot spezifischer Förderprogramme zur Frühbegegnung von Störungen und Beeinträchtigungen,
- Schulungsangebote zur Qualifizierung von Fachpersonal,
- Sensibilisierung der Fachkräfte, Alltagscoaching,
- Qualifizierung und professionelle Unterstützung von Fachpersonal im Umgang mit relevanten Störungsbildern,
- Ausbau der Schulsozialarbeit und Verbesserung der personellen Situation sowie Einführung offener Sprechstunden (an Schulen, in Jugendzentren und anderen Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten).

3. Maßnahmen zur therapeutischen Versorgung:

- Reform der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen,
- Gestraffte und kostengünstige Ausbildung von Therapeut*innen und Ärzt*innen,
- Verbesserung der Personalsituation in versorgungsrelevanten Einrichtungen zur Verkürzung von Wartezeiten,
- Zulassung weiterer niedergelassener Kinder- und Jugendtherapeut*innen und psychiater*innen,
- Ausbau/Erweiterung niederschwelliger Angebote, wie die des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (KJPD),
- Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung von Erziehungs-/Familien-/psychologischen Beratungsstellen, um den gestiegenen Bedarf zu kompensieren,
- Schaffung eines Netzwerkes, um bedürftigen Kindern und Jugendlichen schneller notwendige Hilfsangebote (Beratung, Therapie) zu vermitteln
- Aufbau einer aufsuchenden, niederschwelligen psychologischen / psychotherapeutischen Versorgung,
- o Enttabuisierung der Inanspruchnahme von therapeutischer Hilfe,
- Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit.

4. Strukturelle Maßnahmen:

- Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch Bund und L\u00e4nder, um strukturelle Ungleichheiten in den Kommunen auszugleichen und notwendige Unterst\u00fctzung in Gesundheitsf\u00fcrderung, Pr\u00e4vention und therapeutischer Versorgung zu gew\u00e4hrleisten,
- Verpflichtung der Krankenkassen, Mittel aus dem Präventionsfond zweckgebunden bereitzustellen,
- Verbesserung der Personalsituation in Betreuungseinrichtungen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch langfristige Bereitstellung entsprechender Mittel,
- Ausweitung von F\u00f6rderprogrammen an Schulen und Verbesserung der Pr\u00e4senz des Schulpsychologischen Dienstes,
- o Öffentliche Vergabeverfahren für Gesundheitsförderung, Prävention und therapeutische Angebote nach evidenzbasierten Kriterien,
- Besondere F\u00f6rderprogramme zum Ausgleich von Chancenungleichheit, insbesondere f\u00fcr sozial und finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche,
- Fortlaufende wissenschaftliche Beobachtung der Kinder- und Jugendgesundheit, insbesondere pandemiebedingter Störungsbilder,
- Jährlicher Bericht über Maßnahmen und Ergebnisse in Bundestagsausschüssen.

Das Zusammenwirken aller dieser Bereiche ist unerlässlich, um der stark gestiegenen Anzahl und Schwere der Störungsbilder zu begegnen und spätere chronische Gesundheitsstörungen zu vermeiden. Dies sollte durch eine entsprechende Arbeitsgruppe (IMA mit Expert*innen) gefördert und kontrolliert werden.

Wir fordern den politischen Willen, die Auswirkungen der Pandemiemaßnahmen auf die Psyche und Gesundheit der Kinder und Jugendlichen durch entsprechende langfristige strukturfördernde Maßnahmen (wie unter Punkt 4 beschrieben) darzulegen und die psychischen und gesundheitlichen Belange von Kindern und Jugendlichen zu einem zentralen Thema politischen Handels zu machen.

(Erklärung des Runden Tisches am 4. Juni 2024 in Köln-Ehrenfeld)

Markus Klein, Diplompädagoge, Falkenfamilie Recklinghausen, Betreuungseinrichtung für Kinder und Jugendliche

Reinhard Mann, Geschäftsführer Deutsches Institut für Kinder- und Jugendgesundheit (DIKJ e.V.), klinischer Psychologe

Dr. Steffen Schaal, Professor an der Pädagogische Hochschule Ludwigsburg,

Gesundheitsmanagement

Oliver Schmitz, Geschäftsführer **transfer e.V. Köln**, freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Dipl. Sozialpädagoge und Betriebswirt

Dr. Petra Wagner, Professorin an der **Universität Leipzig**, Institut für Gesundheitssport und Public Health

Verantwortlich:

Reinhard Mann (reinhard.mann@dikj.de)